

Niederschrift

über die 23. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 18.10.2017, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung von Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Heinsberg und der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1045/2017
3. Anregungen und Beschwerden aus dem Stadtteil Prummern zum Verkehrs- und Straßenzustand
Vorlage: 1049/2017
4. Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
Vorlage: 1065/2017
5. Neuregelung der allgemeinen Vereinszuschüsse sowie der Reinigungsleistungen in städtischen Umkleidehäusern
Vorlage: 1073/2017
6. Verbesserung des Brandschutzes, hier insbesondere eine effiziente Alarmierung im Ernstfall an den Geilenkirchener Schulen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 1079/2017
7. Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Bürgermeister Georg Schmitz

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Hans-Jürgen Benden
5. Helmut Gerads
6. Christoph Grundmann
7. Horst-Eberhard Hoffmann
8. Rainer Jansen
9. Gabriele Kals-Deußen
10. Michael Kappes
11. Heinz Kohnen

12. Christian Kravanja
13. Leonhard Kuhn anwesend bis TOP 7
14. Willi Münchs
15. Uwe Neudeck
16. Harald Volles
17. Max Weiler
18. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

19. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
20. Daniel Goertz
21. Peter Klee
22. Technischer Beigeordneter Markus Mönter

Protokollführerin

23. Tina Beckers-Offermanns

Es fehlten

24. Nils Kasper vertreten durch Herrn Kleinen
25. Hans-Josef Paulus vertreten durch Herrn Conrads

Bürgermeister Schmitz eröffnete die 23. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am 18.10.2017 und hieß die Stadtverordneten sowie die Bürgerinnen und Bürger und die Vertreter der Medien herzlich willkommen.

Die Einladung zur Sitzung sei form- und fristgerecht zugestellt worden. Er entschuldigte an dieser Stelle den Stadtverordneten Paulus, der vom Stadtverordneten Conrads vertreten werde sowie den Stadtverordneten Kasper, der vom Stadtverordneten Kleinen vertreten werde. Bürgermeister Schmitz stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen zur Niederschrift der 21. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses seien bisher nicht erhoben worden.

Auf die Frage der Befangenheit zu einem Punkt zeigte Stadtverordneter Benden seine Befangenheit zu Tagesordnungspunkt 4 an.

Bürgermeister Schmitz erklärte weiter, dass er zur Tagesordnung einen ergänzenden Punkt habe, den er gerne als neuen TOP 6 aufnehmen wolle. Und zwar habe der Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur aus seiner gestrigen Sitzung heraus um Verabschiedung eines Dringlichkeitsbeschlusses im Haupt- und Finanzausschuss zur Verbesserung des Brandschutzes an den Geilenkirchener Schulen gebeten. Einzelheiten könnten der Vorlage entnommen werden, die als Tischvorlage ausgelegt worden sei. Er bitte um Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmte der Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Verbesserung des Brandschutzes, hier insbesondere eine effiziente Alarmierung im Ernstfall an den Geilenkirchener Schulen – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen“ unter TOP 6 einstimmig zu.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmitz teilte mit, dass in der Sitzung des Stadtrates am 27.09.2017 der Tagesordnungspunkt über die Festlegung des Spendenbeitrags für Baumspenden zurück in den

Haupt- und Finanzausschuss verwiesen worden sei. Auftragsgemäß habe sich die Verwaltung an die Lebenshilfe Heinsberg e.V. gewandt und angefragt, ob die Lebenshilfe bereit sei, die Pflanzaktion gegen eine entsprechende Kostenbeteiligung durchzuführen. Mangels entsprechender Kapazitäten sei die Lebenshilfe dazu leider nicht in der Lage. Auch eine Anfrage beim Forstamt Rureifel Jülicher Börde nach Bereitstellung der Bäume gegen Kostenübernahme sei abschlägig beantwortet worden. Derzeit prüfe die Verwaltung ob durch die Auswahl von Bäumen mit einem geringeren Stammumfang, durch Einsparungen bei der Aufwuchspflege und Alternativen bei der Pflanzung weitere Kostenersparnis möglich sei. Sobald ein Ergebnis vorliege, werde eine Vorlage der Verwaltung zur Prüfung und Entscheidung erarbeitet.

**TOP 2 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung von Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Heinsberg und der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1045/2017**

Beschluss:

Dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung von Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Heinsberg und der Stadt Geilenkirchen in der aus den Anlagen ersichtlichen Form wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	20
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 3 Anregungen und Beschwerden aus dem Stadtteil Prummern zum Verkehrs- und Straßenzustand
Vorlage: 1049/2017**

Stadtverordneter Benden wies auf die ausführliche Unterschriftenliste im Anhang der eingereichten Petition hin. Diese verdeutliche den Bedarf zur Überprüfung des Verkehrs- und Straßenzustandes. Er halte den Antrag für begründet und den Vorschlag der Verwaltung für zielführend. Es halte es für sinnvoll, zunächst den Bedarf zu prüfen, bevor Maßnahmen ergriffen würden. Er fragte nach, ob der komplette Pater-Briers-Weg überprüft werde oder nur ein Teilstück.

Beigeordneter Mönter erklärte, dass die Überprüfung der gesamten Straße vorgesehen sei. Auf diese Weise werde eine nachhaltige Lösung gefunden.

Stadtverordneter Benden meinte, dass bei der Untersuchung ebenfalls die Erweiterung der Golfanlage im Blick gehalten werden sollte.

Stadtverordneter Kravanja erklärte ebenfalls seine Zustimmung und erkundigte sich, ob die Straße inklusive des Unterbodens neu aufgearbeitet werden müsse oder ob die Auftragung einer neuen Asphaltsschicht reichen würde.

Beigeordneter Mönter erklärte, dass dies zum heutigen Tage nicht abschließend beantwortet werden könne, langfristig aber wahrscheinlich ein Komplettausbau notwendig werde.

Beschlussvorschlag:

Die Anregung bzw. den Antrag auf Durchführung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Prummern wird aufgenommen und die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrsfrequenz in Prummern zu analysieren. Zum angeregten Ausbau des Pater-Briers-Weges wird die Verwaltung beauftragt, den Kostenrahmen und evtl. Fördermöglichkeiten zu ermitteln.

Die Arbeitsergebnisse sind in eine der nächsten Sitzungen im Umwelt- und Bauausschuss zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	20
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen Vorlage: 1065/2017

Stadtverordneter Benden begab sich aufgrund seiner Befangenheit vor Einstieg in den Tagesordnungspunkt in den Zuschauerbereich.

Bürgermeister Schmitz erläuterte, dass sich der Tagesordnungspunkt 4 mit einer weiteren Anregung befasse. Der Bürgertreff Geilenkirchen e.V. bitte in seinem Antrag um finanzielle Unterstützung für Miet- und Nebenkosten, Versicherungen, Gebühren, Veranstaltungskosten und Öffentlichkeitsarbeit.

Stadtverordneter Jansen wies darauf hin, dass sich eine der Antragstellerinnen im Publikum befinde. Vielleicht gebe ihr der Ausschuss Gelegenheit, den Antrag selbst zu begründen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss einstimmig, Frau Abels vom Bürgertreff Geilenkirchen e.V. die Gelegenheit zu geben, ihren Antrag zu begründen.

Frau Abels bedankte sich bei den Ausschussmitgliedern und dem Bürgermeister für die Möglichkeit, den Antrag zu begründen. Der Bürgertreff sei in Geilenkirchen sehr bekannt und die Besucherzahlen lägen bei ca. 300 Gästen im Monat. Die Besucher seien Menschen jeder Altersklasse, mit verschiedenen Hintergründen aus allen sozialen Gruppen, die mit unterschiedlichen Fragen und Anliegen an den Verein herantreten würden. Sie erklärte weiter, dass Menschen, die zur Vereinsamung tendieren würden, aufgefangen würden. Auch Flüchtlinge würden Kontakt sowie Hilfe suchen und finden.

Auf die Frage des Stadtverordneten Jansen, ob Sprachkurse für Flüchtlinge angeboten würden, erläuterte Frau Abels, dass zwei Mal wöchentlich Deutschkurse angeboten würden. Diese wären mit ca. 20 Leuten gut besucht. Es werde neben Deutsch auch die deutsche Kultur gelehrt und das Zurechtfinden im fremden Alltag.

Bürgermeister Schmitz dankte Frau Abels für ihre Ausführungen.

Stadtverordneter Weiler erklärte, dass es sich bei dem Antrag um die Fortführung des vor zwei Jahren beschlossenen Zuschusses handle. Die CDU-Fraktion sei der Meinung, dass der Bürgertreff Geilenkirchen e.V. gute und vielschichtige Arbeit leiste und in Geilenkirchen nicht wegzudenken sei. Der Verein sei nicht mit anderen Vereinen vergleichbar. Die CDU-Fraktion sehe einen Zuschuss als erforderlich an. Allerdings halte seine Fraktion eine Steigerung des ursprünglichen Zuschussbetrages um 30 % für problematisch. Sie würde eher einem Zuschuss in Höhe des alten Betrages von 1.900 € im Jahr unter der Prämisse zustimmen, dass ein Kassenabschluss über die Jahre 2016 und 2017 vorgelegt werde. Es sei gutes Recht der Allgemeinheit zu wissen, wie der Verein wirtschaftlich aufgestellt sei. Zudem könne jährlich im 4. Quartal neu über einen Zuschuss entschieden werden. Einer Pauschale für mehrere Jahre würde er nicht zustimmen.

Stadtverordneter Grundmann stimmte zu, dass der Bürgertreff nicht mit anderen Vereinen vergleichbar sei – am ehesten mit dem Jugendzentrum Zille. Er sei ebenfalls der Meinung, dass vorerst ein Zuschuss in Höhe von 1.900,- € gewährt werden solle. Er wies darauf hin, dass vor zwei Jahren ein Betrag in Höhe von 1.900,- € zuzüglich 1000,- € bei einem nachweislichen Bedarf beschlossen worden. Dieser zusätzliche Betrag von 1.000 € sei bis dato nicht abgefragt worden. Weiterhin halte er den Vorschlag des Stadtverordneten Weiler für richtig, einen Einblick in die Jahresbilanz des Vereines zu erhalten. Danach könne noch immer über die Höhe gesprochen werden, diese sei nicht in Stein gemeißelt sondern jährlich je nach Bedarf variabel.

Stadtverordneter Kravanja machte die grundsätzliche Bereitschaft seiner Fraktion zur Zahlung eines Zuschusses deutlich. Der Bürgertreff sei eine wichtige Institution in Geilenkirchen. Gleichzeitig wundere er sich allerdings darüber, dass die Sprecher der CDU- und SPD-Fraktionen einem Betrag von 1.900,- € zustimmen würden, obwohl die wirtschaftliche Situation des Bürgertreffs noch nicht bekannt sei. Er sei ebenfalls der Meinung, dass jährlich ein Kassenbericht eingereicht werden solle; insbesondere einer für das Jahr 2017. Zudem halte er es für wichtig, die Entwicklung der Rücklagen zu studieren und Aussagen darüber zu erhalten, für welche Ausgaben die Zuschüsse benötigt würden. Nach der Prüfung könne die genaue Höhe eines Zuschusses festgelegt werden und dann entsprechend gewährt werden.

Stadtverordneter Wolff stimmt den Ausführungen des Stadtverordneten Kravanja zu. Er erklärte, dass der Aufgabenbereich des Bürgertreffs vielfältiger geworden sei, wodurch der Finanzbedarf steige. Hierüber sollte ein Nachweis erbracht werden. Ein Zuschuss in Höhe von 2.500 € sei vorstellbar, wenn die Hintergründe bekannt seien.

Stadtverordneter Kravanja wiederholte, dass zunächst der Finanzbedarf dargestellt werden müsse, bevor ein Beschluss gefasst werde.

Stadtverordneter Kleinen schlug vor, die Beschlussfassung in den nächsten Rat oder Haupt- und Finanzausschuss zu verschieben.

Stadtverordneter Jansen schlug zur weiteren Vorgehensweise vor, heute einen Grundsatzbeschluss über die Bezuschussung zu fassen. Die Höhe des Zuschusses könne in einer der nächsten Sitzungen beschlossen werden, wenn der Verein den Kassenbericht vorgelegt habe. Dem Verein würde ein positives Signal gegeben und darüber hinaus sei für Transparenz gesorgt.

Stadtverordneter Grundmann merkte an, dass der Zusatzbetrag von 1.000,- € in den letzten beiden Jahren nicht abgerufen worden sei. Es bestünde demnach kein höherer Bedarf als 1.900,- € im Jahr. Die Bezuschussung solle nicht weiter aufgeschoben werden. Der Bürgertreff

solle 1.900,- € für das Jahr 2018 erhalten und aufgefordert werden, einen Kassenbericht vorzulegen.

Stadtverordneter Gerads erklärte, dass bis zur nächsten Ratssitzung noch ein Monat Zeit sei. Wenn der Nachweis in diesem Monat erbracht werde und daraus ein Bedarf über 2.500,- € resultiere, könne über den Antrag in der nächsten Ratssitzung entschieden werden.

Stadtverordneter Weiler fasste zusammen, dass alle Redner das Gleiche meinen, sich aber unterschiedlich ausdrücken würden. Er unterstelle, dass dem Bürgertreff der Jahresabschluss des Jahres 2016 vorliege. Für das Jahr 2017 sei aktuell lediglich ein Zwischenbericht möglich. Dieser könne sicherlich innerhalb der nächsten drei Wochen, also bis zur Einladung zur nächsten Ratssitzung, beigebracht werden. Ein Beschluss würde demnach spätestens Ende November gefasst.

Bürgermeister Schmitz schlug vor, die Entscheidung über einen Zuschuss für den Bürgertreff Geilenkirchen e.V. auf die nächste Ratssitzung am 08.11.2017 zu vertagen. Der Zuschuss werde davon abhängig gemacht, dass die Unterlagen vorgelegt würden.

Der Ausschuss zeigte sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

TOP 5 Neuregelung der allgemeinen Vereinszuschüsse sowie der Reinigungsleistungen in städtischen Umkleidehäusern
Vorlage: 1073/2017

Bürgermeister Schmitz verlas den Beschlussvorschlag aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur aus der Sitzung am 17.10.2017. Er lautete: „Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, der Verwaltungsvorlage zur Neuregelung der allgemeinen Vereinszuschüsse sowie der Reinigungs- und Betriebskosten für städtische Gebäude in Vereinsnutzung zu folgen. Abweichend von der Vorlage der Verwaltung werden keine Bonuspunkte für Sportvereine und Jugendorganisationen vergeben. Die Neuregelung der allgemeinen Vereinszuschüsse tritt sofort, die Neuregelung der Reinigungs- und Betriebskosten für städtische Gebäude in Vereinsnutzung am 01.01.2018 in Kraft.“

Stadtverordneter Kravanja führte aus, dass bereits in der gestrigen Sitzung deutlich geworden sei, dass er die Vorlage zwiespältig betrachte und sie nicht generell ablehne. Punkte wie die Reinigungs- und Betriebskosten seien gut gelöst. Knackpunkte seien für ihn andere Dinge: die fehlende Aufteilung der Gelder auf verschiedene Töpfe sowie die Vergabe der Zuschüsse an alle eingetragenen Vereine. Seines Erachtens fehle hier eine Festlegung, welche Vereine gemeint seien. Ansonsten würden bspw. auch politische Parteien, die als Vereine eingetragen seien, von den Zuschüssen profitieren. Darüber hinaus halte er den Satz „Im Gegenzug werden zukünftig keine einzelfallbezogenen Geldzuschüsse mehr gewährt.“ für schwierig und er halte die Vorlage für ergänzungsfähig.

Stadtverordneter Kuhn erläuterte, dass die Gemeinnützigkeit eines Vereins aus seiner Satzung hervorgehe und dies das ausschlaggebende Kriterium sei. Ob der Verein eingetragen sei oder nicht, spiele für die Gemeinnützigkeit keine Rolle. Er sehe die Regelung zu den Reinigungskosten kritisch. Wenn ein Verein die Reinigung selber übernehmen wolle, sei es besser, hierfür einen Zuschuss zu zahlen. So werde mehr Flexibilität geschaffen. Darüber hinaus sei der Punkt zu den Dachvereinen schwierig. Bspw. gebe es in Geilenkirchen die Jugendeinrichtung des Roten Kreuzes. Obwohl diese gute Arbeit leiste, werde sie aufgrund der Regelung keine Zuschüsse erhalten. Er habe noch weiteren Diskussionsbedarf und könne vor diesem Hintergrund der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Goertz erklärte, dass unter „Dachvereine“ bspw. Zusammenschlüsse verschiedener Ortsvereine bspw. zu einem Förderverein gemeint seien. Nur durch die Regelung zu den „Dachvereinen“ könne eine Doppelzahlung für diese Vereine vermieden werden.

Stadtverordneter Benden stimmte dem Stadtverordneten Kuhn zu und machte deutlich, dass es zu früh sei eine Entscheidung über die Vorlage zu treffen. Diese könne weiter ausgearbeitet werden. Die Ausführungen des Stadtverordneten Kravanja würden Sinn machen. Er bitte um Nacharbeitung der Vorlage, um ein vernünftiges Ergebnis zu erzielen.

Stadtverordneter Kleinen meinte, dass er gestern nicht da gewesen sei und den Teil der Diskussion daher nicht kenne. Er werde dem Beschlussvorschlag jedoch aus einem einfachen Grund nicht zustimmen; und zwar fehle ihm die frühzeitige Bürgerbeteiligung. Die betroffenen Vereine seien selber nicht einbezogen worden und hätten ihre Vorstellungen nicht einbringen können.

Stadtverordneter Banzet erwiderte, dass die Auflösung der verschiedenen Töpfe nicht bedeute, dass nicht nach den Kriterien verteilt werden könne. Dies werde ein wenig missverstanden. Zum anderen könne man das Vorhaben mit 65 verschiedenen Vereinen zu reden, nicht ernsthaft verfolgen. Um genau in diesen Situationen Entscheidungen zu treffen, sei Politik da. Natürlich würden manche Vereine weniger Geld bekommen. Doch der größere Teil erhalte mehr Zuschüsse als vorher. Dafür biete die Vorlage eine gute Grundlage. Darüber hinaus könnten Vereine mit einer aktiven Jugendarbeit noch immer gefördert werden. Insgesamt gebe es mehr Gerechtigkeit und die Politik entscheide in diesem Fall, wie das Vorgehen sei.

Stadtverordneter Weiler betonte, dass er sich inhaltlich seinem Vorredner anschließe. Man werde nie eine Lösung finden, mit der alle zufrieden seien. Überspitzt gesagt, könnten fünf Personen zwei Jahre lang ein Zuschusskonzept für Vereine entwerfen, das letztlich von der ersten Person, die nicht beteiligt gewesen sei, direkt verworfen werde. Die Betroffenen in die Erarbeitung des Konzeptes mit einzubeziehen, sei die denkbar schlechteste Lösung. Dies habe in der gestrigen Sitzung die Vertreterin des Stadtsportverbandes zwar ebenfalls bemängelt. Sie habe jedoch als beratendes Mitglied alle Unterlagen zur Sitzung erhalten. Letztlich treffe die Politik die Entscheidung. Das Konzept habe einen Fokus auf den Bereich der Jugend; insgesamt sei alles detailliert dargestellt. Nun sollte seines Erachtens nicht wieder alles zerpfückt werden, wie es im gestrigen Ausschuss zum Thema Bonuspunkte gemacht worden sei.

Stadtverordneter Jansen schlug vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern, dass Erweiterungen und Sonderausgaben separat vom Rat zu beschließen seien und die Liste der zuschussberechtigten Vereine ebenfalls aufgenommen werde.

Stadtverordnete Kals-Deußen führte aus, dass die Vorlage sich für ihre Fraktion wie halbgares Brot darstelle. Vermissen würde sie bspw. die Trommler- und Pfeifferkorps, die eine besondere Rolle angesichts der musikalischen Erziehung einnehmen würden. Insbesondere finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche hätten hier die Möglichkeit, außerhalb einer Musikschule ein Instrument zu erlernen.

Stadtverordneter Kleinen wiederholte, dass er nicht das gesamte Konzept für schlecht halte. Als einzigen Mangel sehe er die fehlende Beteiligung der Betroffenen an. Er sei sicher, dass konstruktiv zugearbeitet worden sei. Die Leute hätten mitgenommen werden sollen, damit ein für alle tragfähiges Konzept entstehe.

Stadtverordneter Grundmann erläuterte zum Beitrag der Stadtverordneten Kals-Deußen, dass ausdrücklich nicht die soziale Komponente der Vereine berücksichtigt werden sollte. Jeder

Verein leiste einen sozialen Beitrag und eine Priorisierung anhand dieses Merkmals sei sehr schnell ungerecht. Die Bonuspunkte seien vor diesem Hintergrund rausgenommen worden. Es werde zukünftig nur noch gezielt die Jugendförderung in den Vereinen unterstützt.

Stadtverordneter Benden führte aus, dass er die Ansicht des Stadtverordneten Kleinen nicht teile unter den Stadtverordneten ansonsten aber weitestgehend Konsens herrsche. Mit 65 Vereinen Einzelgespräche zu führen sei nicht machbar und irgendwo seien der Bürgerbeteiligung auch Grenzen gesetzt. Dies müsse man als politischer Vertreter auch aushalten können. Er plädiere für die Umsetzung des Vorschlags des Stadtverordneten Jansen oder aber für die Absetzung des Punktes und Verschiebung. Man solle sich jedoch davor hüten, alles zu zerreden.

Stadtverordneter Kappes erklärte, dass das Bonuspunktesystem im gestrigen Ausschuss bereits abgeschafft worden sei. Es sei unmöglich mit allen Vereinen zu reden und er stimme dem Vorschlag des Stadtverordneten Jansen zu, eine Liste in den Beschlussvorschlag zu integrieren.

Stadtverordneter Conrads schilderte seine Erfahrungen mit der Erarbeitung eines Zuschusskonzeptes für die Vereine und zollte dem Kämmerer wie auch allen anderen Beteiligten seinen höchsten Respekt. Letztlich sei sein Vorschlag vor Jahren seitens des Rates zerredet worden und die Gefahr sehe er jetzt auch. Des Weiteren müsse eine Liste vorab mit bestimmten Kriterien belegt werden, um fehlende Bezuschussungen begründen zu können. Er werde der Vorlage jedoch aus einem anderen Grund nicht zustimmen können. Er halte eine symbolische Beteiligung der Vereine an den Kosten für die Sportflächenreinigung, die die Allgemeinheit trage, für unumgänglich. Beispielhaft genannt sei die Beteiligung mit 1 €/m² Nassfläche. So leiste bspw. das Mitglied der Bücherei auch einen symbolischen Beitrag, da er einen Vorteil genieße, der zu Lasten der Allgemeinheit gehe.

Stadtverordneter Kuhn wiederholte, dass ihm die Flexibilität fehle und er nicht verstehe, warum die Reinigung nicht von den Vereinen selbst vorgenommen werden könne. Daneben habe er gestern das Problem der Vereine erläutert, die keine städtischen Immobilien nutzen würden wie bspw. der Modellflugzeugverein. Er stimme Stadtverordneten Benden zu, noch etwas Zeit in die Überarbeitung des Konzeptes zu investieren. So hätten die Vereine ebenfalls Gelegenheit mit der Stadt in den Dialog zu treten; ein Gespräch sei in der gestrigen Sitzung seitens des Ausschusses einseitig abgebrochen worden.

Stadtverordneter Hoffmann warf ein, dass er gar nicht inhaltlich so stark auf die Vorlage eingehen wolle. Vielmehr habe er etwas zum Stil und zum Umgang seitens der Verwaltung mit den Ratsmitgliedern zu sagen. Bereits im Jahr 2004 sei die Jugendförderung thematisiert worden. Damals seien von der Stadt 70 Cent pro Jugendlichen gezahlt worden. In Kenntnis der Problemlage sei der Versand der umfangreichen Vorlage nur sechs Tage vor der Sitzung problematisch. Darüber hinaus sei in der Vorlage kein Überblick über die Zahlen gewährt worden. Es werde in der Vorlage lediglich darauf hingewiesen, dass eine „Simulationsrechnung auf Basis des Datenmaterials der bisher an der Bezuschussung beteiligten Vereine (...) von den Stadtverordneten in der Kämmererei eingesehen (...)“ werden könne. Dies sei ein Rückschritt in Sachen Transparenz und drücke Misstrauen gegenüber den Stadtverordneten aus. Er könne nicht nachvollziehen, warum die Zahlen für die Ratsmitglieder nicht offen gelegt würden. Dies sei zumindest bis 2015 immer der Fall gewesen. Hierüber sei er enttäuscht, wie auch über die Tatsache, dass die Verwaltung das schärfste Schwert zücke, indem sie darauf hinweise, dass bei fehlendem Konsens bis Jahresende gar keine Zuschüsse für die Vereine gewährt werden könnten.

Stadtverordneter Banzet widersprach, dass er eine unbefangene, objektive Beschlussfassung nur unter Wahrung der Anonymität der Vereinsnamen für möglich halte. Dies sei seine persönliche Meinung. Der Haupt- und Finanzausschuss sei in seiner Beschlussfindung natürlich frei. Der Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur habe die Bonuspunkte gestrichen und Jugendarbeit speziell fördern wollen. Dies sei ein Vorschlag über den diskutiert werden könne. Er fragte nach, warum die Reinigung durch die Vereine selbst nicht mehr bezuschusst werden solle.

Herr Goertz antwortete, dass nur so eine gerechte Lösung erreicht werde. Erst durch die professionelle Reinigung der Vereinsheime werde sichergestellt, dass überall ein einheitlicher Standard herrsche und die städtische Bausubstanz gepflegt werde. Darüber hinaus würden manche Umkleiden auch durch Schulen genutzt. Hier bestehe in jedem Fall die Notwendigkeit einer sauberen Umgebung für die Kinder und Jugendlichen. Der sicherste Weg dies alles zu gewährleisten, sei die Vergabe der Reinigung durch die Stadt und die Streichung der Zuschüsse für die Vereine für die Reinigung in Eigeninitiative.

Stadtverordneter Jansen bat um Abstimmung über seinen zuvor gemachten Vorschlag.

Stadtverordneter Gerads stellte fest, dass das einzig positive an der Diskussion die vielfältigen Meinungen und der fehlende Fraktionszwang seien. Er halte die Vorlage für unausgegoren. Zudem gebe er dem Stadtverordneten Conrads Recht, der eine Konkretisierung der Liste fordere.

Stadtverordneter Grundmann erwiderte, dass seine Fraktion inhaltlich einer Meinung sei; die Äußerung des Stadtverordneten Hoffmann habe sich bspw. auf das Vorgehen der Verwaltung bezogen. Sicherlich würden Kriterien für die Aufnahme von Vereinen in die Liste der Zuschussempfänger notwendig. Darüber hinaus könne über Varianten der Reinigung separat diskutiert werden, wenn das Thema derartige Probleme bereite. Kriterien sollten auch nicht wild definiert werden. Hierfür könnte bspw. die Verteilung der alten Töpfe herangezogen werden.

Stadtverordneter Kravanja betonte, dass die Regelung über die einzelfallbezogenen Zuschüsse keinen Sinn mache. Er zeigte auf, dass schon in der kommenden Sitzung über den Zuschuss für den Bürgertreff abgestimmt werde und gleichzeitig über die Versagung von einzelfallbezogenen Zuschüssen. Das mache keinen Sinn. Der Satz müsse gestrichen werden.

Nach weiteren Hinweisen zur Formulierung eines neuen Beschlussvorschlags unterbrach Bürgermeister Schmitz um 19:07 Uhr für fünf Minuten die Sitzung, um einen neuen Beschlussvorschlag ausformuliert zu präsentieren. Um 19:12 Uhr erklärte Bürgermeister Schmitz die Unterbrechung für beendet und rief zum Beschluss über den Vorschlag der Verwaltung auf, den Herr Goertz verlas.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Beschlussvorschlag der Verwaltung derart zu ändern, dass

- 1) keine Bonuspunkte für Sportvereine und Jugendorganisationen vergeben werden
- 2) dem Rat vor Auszahlung der Zuschüsse eine Liste der Zuschussempfänger vorgelegt wird
- 3) der Satz in der Vorlage unter A) Unterpunkt b) Satz 3 „Im Gegenzug werden zukünftig keine einzelfallbezogenen Geldzuschüsse mehr gewährt.“ wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	3
Enthaltung:	1

TOP 6 Verbesserung des Brandschutzes, hier insbesondere eine effiziente Alarmierung im Ernstfall an den Geilenkirchener Schulen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 1079/2017

Beschluss:

Der Ausschuss beschloss einstimmig:

1. In der KGS Immendorf, in der KGS Geilenkirchen und in der GGS Geilenkirchen wird das vorhandene veraltete Warnsystem unverzüglich, d. h. mit Beginn der Herbstferien, erneuert und dem heutigen Sicherheitsstandart angepasst.
2. In Absprache mit den zuständigen Fachleuten werden in einem ersten Schritt die fehlenden Hausalarmanlagen, ausreichende Brandmeldeanlagen und Rauchwarnmelder in allen Rettungswegen, Fluren und Treppenhäusern der genannten Schulen installiert.
3. Weitere Schritte werden dann umgehend zwischen der Verwaltung und den Ratsfraktionen besprochen.
4. Die Verwaltung wird in der Sitzung des Rates am 08.11.2017 über den Stand der Umsetzung dieser Maßnahmen berichten.

Da für die KGS Immendorf in diesem Haushaltsjahr keine Mittel zur Verfügung stehen, ist hierfür eine außerplanmäßige Auszahlung zu beschließen, die vorläufig mit 25.000,- € beziffert wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	20
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 7 Verschiedenes

a) Stadtverordneter Kleinen meinte, dass die Ausschussmitglieder vor der Sitzung neben der Einladung ergänzende Unterlagen erhalten hätten, in der Sitzung eine Tischvorlage ausgeteilt worden sei und ein Beschlussvorschlag lediglich verlesen worden sei. Er bitte zukünftig um bessere Information seitens der Verwaltung möglichst in Papierform.

Sitzung endet um: 19:30

Vorsitzender

Schriftführerin

Bürgermeister
Georg Schmitz

Tina Beckers-Offermanns